Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 50 (1956)

Heft: 9-10: Friede oder Krieg - Friede oder Tod

Artikel: Weltrundschau : Suez und kein Ende ; Was weiter? ; Freie Goldküste ; Mühsamer Aufstieg ; Kommunismus - Sozialismus ; Der Weg Chinas ; Amerikanische Demokratie ; Brot und Spiele ; Ein Umschwung?

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140107

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Suez und kein Ende Noch immer beherrscht die Suezfrage das internationale Kampffeld. Aber seit der Anrufung der UNO durch beide Parteien, England-Frankreich wie Ägypten, darf es doch als sehr wahrscheinlich gelten, daß es über dem Suezkonflikt nicht zum Krieg kommt, auch nicht zu einem «kleinen», daß der Streitfall vielmehr schiedlich-friedlich aus der Welt geschafft wird.

Es brauchte freilich viel, bis wenigstens dieses Ergebnis gesichert war. Die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs waren, wie jetzt durchaus klar ist, anfänglich entschlossen, *ohne weiteres* den «Gewaltstreich Nassers», die eigenmächtige Nationalisierung des Suezkanals, mit einem militärischen Eingreifen in Ägypten zu beantworten, das zum Sturz Nassers und zur Wiederaufrichtung des (angeblich) internationalen Regimes am Kanal hätte führen sollen. Der Widerstand der öffentlichen Meinung der ganzen Welt, besonders der «besseren Hälfte» Englands selbst, und der Druck der Vereinigten Staaten, die Grund hatten, sich nicht in ein neues Kriegsabenteuer à la Korea hineinziehen zu lassen, verhinderte zunächst dieses unverantwortliche, ja verbrecherische Vorhaben. Aber in London und Paris rüstete man deswegen noch keineswegs ab. Man ließ den an der ersten Suezkonferenz von der amerikanischen Diplomatie durchgesetzten Plan, eine internationale Kanalbehörde in neuer Form zu schaffen, in Kairo überreichen in der Absicht, die erwartete und dann auch tatsächlich erfolgte Ablehnung des Dulles-Planes durch Ägypten nun zur Grundlage eines militärischen Gewaltschlags *im Namen der 18 Staaten* zu machen, die den Plan gutgeheißen hatten. Dafür war es allerdings nötig, eine Lage herbeizuführen, die ein westmächtliches Eingreifen hätte als Notmaßnahme zur Sicherung der freien Schiffahrt durch den Kanal erscheinen lassen. Der wiederum von Dulles und wiederum mit der Absicht des Zeitgewinnes an der zweiten Londoner Konferenz vorgelegte Plan, eine Vereinigung der Kanalbenützer zu begründen, die ohne und gegen Ägypten den Kanalbetrieb in die Hand nehmen sollte, dieser Plan, der eine offene Herausforderung Ägyptens darstellte und beim Versuch seiner Verwirklichung die gefährlichsten Zwischenfälle hätte heraufbeschwören müssen, schien dem erstrebten Zweck überraschend gut — fast zu gut — zu dienen. Aber wiederum durchkreuzte der Widerstand aus den Völkern heraus, namentlich auch von seiten der britischen Labourpartei, sowie das Zögern Washingtons die ganze Absicht, und als dazu noch im Schoße der Achtzehn selber stärkste Hemmungen, ja eigentliche Rebellionsgelüste auftauchten, da war es um den frisch-fröhlichen «Kleinkrieg», den man endlich auslösen zu können hoffte, vollends geschehen.

Nicht besser erging es dem weiteren Plan, durch Umleitung des Schiffsverkehrs mit Asien um das Kap der Guten Hoffnung herum den Suezkanal zu boykottieren und durch Zurückrufung der nichtägyptischen Lotsen Zwischenfälle und Schwierigkeiten im Kanalbetrieb zu provozieren, die schließlich doch ein militärisches Eingreifen hätten rechtfertigen können. Bei näherem Zusehen erwies sich die ganze Idee als reines Wunschprodukt, dem die größten technischen und finanziellen Hindernisse im Weg standen, so daß eine Anzahl kleinerer Staaten — vor allem Dänemark, Schweden, Spanien, Persien und Pakistan — entschieden dagegen aufbegehrten. Die Abberufung der bisherigen Lotsen aber wurde durch raschen Einsatz neuer Lotsen — nicht zuletzt solcher aus der Sowjetunion — weithin wettgemacht, so daß der Kanalbetrieb seither ohne wesentliche Stockungen weitergeht.

Kurz, England und Frankreich erlitten eine Niederlage nach der andern. Ihr Ansehen ist im Orient, aber auch in der übrigen Welt, sehr gesunken, während sich dasjenige Nassers, als Führers der arabischen Nationalbewegung in Nordafrika und Vorderasien, entsprechend gehoben hat. Man ist darüber besonders in Paris maßlos wütend, sieht man sich doch um die Hoffnung (die freilich nur eine verzweifelte Illusion war) betrogen, durch eine gewaltsame Zurückwerfung des ägyptischen Nationalismus mindestens Algerien, vielleicht sogar auch Tunesien und Marokko, wieder fest in die Hand zu bekommen. Die Enttäuschung über das Scheitern all der schönen, jetzt zum Weltgespött gewordenen Pläne für die Bändigung Nassers macht sich in Frankreich nicht am wenigsten in einer eigentlich amerikafeindlichen Stimmung Luft, die auch bisher sehr USAtreue Kreise erfaßt hat. Welcher moralische Bankerott des französischen «Sozialismus» wird aber in der ganzen Nordafrika- und Ägyptenpolitik der Regierung Mollet-Pineau offenbar! Und wie heillos blamiert, ja unmöglich geworden steht auch Eden und seine Regierung da! Der «starke Mann», als den sich Eden vor dem Land und vor dem stur imperialistischen Flügel seiner Konservativen diesmal beweisen wollte, ist tatsächlich, nun für alle Welt sichtbar, ein haltloser Schwächling, der weder die Zeichen der Zeit versteht noch die Kraft hat, einen eigenen, geraden Kurs zu steuern, sondern im Zickzack hin- und her laviert, je nachdem gerade — besonders aus Washington — der Wind bläst*.

Was weiter! Ob die Anrufung des Sicherheitsrates der UNO den Regierungen Großbritanniens und Frankreichs aus der Patsche hilft, ist freilich mehr als fraglich. Sie haben ja ihre Ab-

* An der moralischen und politischen Niederlage der Westmächte haben auch ihre «neutralen» Parteigänger vollen Anteil. Was ist aus den Fanfarenstößen einer «Neuen Zürcher Zeitung» zu Beginn der Suezkrise und nach der ersten Londoner Konferenz geworden! Das sonst so großtuerische Blatt hat sich in der letzten Zeit in Sachen Suezkonflikt bemerkenswert kleinlaut benommen. Es muß sogar (in Nr.

sicht, den Betrieb des Suezkanals Ägyptens aus der Hand zu nehmen, keineswegs aufgegeben und werden sich darum innerhalb der UNO — noch abgesehen von einem sowjetischen Veto — nur neuen Widerständen und Schwierigkeiten gegenübersehen. Eine befriedigende Lösung des Konflikts wird nur dann möglich sein, wenn die Westmächte sich bereitfinden, alle Machtansprüche fallen zu lassen und die Suezangelegenheit auf den Boden zu stellen, auf den sie von Anfang an gehört hätte: den Boden einer redlichen Bemühung, die freie Schifffahrt durch den Kanal in Friedens- und Kriegszeiten sicherzustellen. Ägypten hat das stärkste Interesse an solcher Sicherstellung, und Nasser hat sich von Anfang an bereit erklärt, über eine entsprechende Revision des Suezvertrags von 1888 zu verhandeln, wenn nur der Betrieb des Kanals durch Ägypten nicht mehr in Frage gestellt werde. Man komme ihm daher nur nicht wieder mit den scheinmoralischen Deklamationen, die auf Seiten der Westmächte die ganze Behandlung des Streitfalles begleitet und vergiftet haben. Man höre also auf, von der Nationalisierung des Suezkanals als einem «Akt des Raubes» zu sprechen (wie dies Eden und ihm nach sozusagen der ganze Westen getan hat), der die wirtschaftliche Existenz vieler Nationen bedrohe und keinen Erfolg haben dürfe. Da hat Alfred Miller schon recht, der in seinem «Informationsdienst zur Zeitgeschichte» (Leonberg, Württemberg) meint:

«Dieser Satz hätte eigentlich nicht gesprochen werden dürfen, denn in der britischen, ja in der ganzen angelsächsischen Geschichte haben zu viele Akte des Raubes nur zu großen Erfolg gehabt, ohne daß auch nur ein Hahn darnach gekräht hätte. Das britische Weltreich ist nur durch Akte der Gewalt und des Raubes so groß und mächtig geworden zu einer Zeit, da die heute erwachenden Völker sich noch nicht wehren konnten. Und wegen dieser Akte des Raubes wird dieses Weltreich auch immer weiter zusammenschmelzen. Aber es gehört zur abendländisch-westlichen Geisteshaltung, anderen anzukreiden, was man selber hundertfach begangen hat. Aber jetzt ist die Zeit gekommen, wo man dafür geradestehen muß, ob man es gern hat oder nicht.

Und das ist es, was die gegenwärtige Suezkrise ausmacht, daß man nicht geradestehen will, weil man noch immer glaubt, es sich leisten zu können, die Zeichen der Zeit zu übersehen, die Geister, die man rief, mit lautem Waffengeklirr zu beschwören. Die Verstaatlichung der Suezkanalgesellschaft ist aber nur ein kleines Teilstück jener weltweiten Entwicklung, die man nur richtig deutet, wenn man sie als Gegenstoß des seit Jahrhunderten mißhandelten Ostens gegen abendländisches Ausbeutertum betrachtet, als Aufstand der Farbigen gegen die Weißen mit ihrer schwarzen, freilich christianisierten Seele.»

Noch immer wähnen England und Frankreich, aber nicht minder

2717) einen Kommentator wie Professor J. R. von Salis zu Wort kommen lassen, der gelassen feststellt, der Prozeß, den die Engländer und Franzosen dem Präsidenten Nasser zu machen versuchten, begegne auch im Westen keiner aufrichtigen Sympathie. «Denn dieser Prozeß galt der *Person* und der *Politik Nassers* vielmehr als der Verstaatlichung der Kanalgesellschaft oder der Gefahr, in der die Schiffahrt auf diesem Kanal möglicherweise schwebt. Was man in Nasser treffen wollte, war der panarabische Nationalismus, den er verkörpert.»

auch die Vereinigten Staaten, wenn mit westlichem Kapital Anlagen geschaffen worden seien, die der Aufrechterhaltung ihrer militärischen oder wirtschaftlichen Vormachtstellung dienen, so dürften sie nie in den Besitz und Betrieb des Staates kommen, auf dessen Gebiet sie liegen. «Dieser Grundsatz», so stellt auch der «New Statesman» (15. September) fest, «hat in der Mitte des 20. Jahrhunderts nichts mehr zu suchen. Wird er als Unterlage der westlichen Politik anerkannt, so wird er die (asiatisch-afrikanischen) Bandung-Mächte dauernd vom Westen trennen und dafür sorgen, daß Hilfe und Einfluß der Sowjetunion den so geschaffenen Leerraum ausfüllen.»

Man höre darum auch auf, den Dulles-Plan für die Lösung der Suezfrage, der jetzt anscheinend im Sicherheitsrat wiederauferstehen soll, als Mittel zur Internationalisierung einer allen Völkern dienenden Wasserstraße auszugeben, im Gegensatz zu ihrer willkürlichen Nationalisierung durch einen einzelnen Staat. *Die* Art Internationalisierung, die die Westmächte meinen, ist ja nur eine verhüllte *Beherrschung* des Suezkanals durch sie selber und zu ihrem Nutzen, eine Internationalisierung also, der gegenüber der Nationalismus Ägyptens durchaus sein Recht hat, um so mehr als die Westmächte — zum Beispiel die Vereinigten Staaten in bezug auf den Panamakanal — gar nicht daran denken, einen Wasserweg zu internationalisieren, wenn der eine Staat, der ihn kontrolliert, zufällig ihrem eigenen Lager angehört. Das ganze Gerede von der Internationalisierung ist im Munde der Westmächte reine Heuchelei. *Wenn* schon internationalisiert werden soll — und es *muß* einmal dazu kommen —, dann ehrlich und überall!

Und schließlich höre man doch endlich auf, gegen die Sache Ägyptens die Diktatur Nassers auszuspielen. Gewiß, Nasser *ist* ein Diktator, und sein Regime wie seine Persönlichkeit ist sehr anfechtbar. Aber bei allen Enttäuschungen, die er uns bereitet hat — namentlich durch sein Versagen in der Frage der Neuverteilung des ägyptischen Bodens an die besitzlosen, verhungernden, verkommenden Fellachenmassen —, müssen wir doch zugeben, daß Ägypten, wie jedes unterentwickelte Land, vorderhand nicht mit westlich-demokratischen Methoden regiert werden kann (zumal diese Methode tatsächlich weithin bei uns nur die Diktatur der Geldmächte, des Militärs und kirchlicher Kreise maskieren), sondern ein autoritäres Regime unter den obwaltenden Umständen zunächst einfach ertragen *muß*. Die Westmächte, die Ägypten und die anderen «rückständigen» Länder so lange ausgebeutet und beherrscht haben, die ihre heutigen Kolonien größtenteils immer noch mit Gewalt und Diktatur regieren, und die im Bunde mit den rückschrittlichsten Diktaturen — wie Spanien, Portugal, Persien, Formosa, Südkorea, nicht zu reden von Lateinamerika und den Philippinen — stehen, sie sind am allerwenigsten berechtigt, über den Diktator Nasser zu klagen und ihn, den immerhin revolutionären Neuerer, gar auf *eine* Linie mit den gegenrevolutionären Gewalthabern Hitler

und Mussolini zu stellen, die sie beide stützten und großzogen, solange es scheinbar ihren Interessen diente.

«Eines steht außer Frage», urteilt John Gunther, der Amerikaner, in seinem (zuerst 1953 erschienenen) Buch «Inside Africa»,

«er (Nasser) hat für Ägypten in ein paar Jahren mehr geleistet als die Königsfamilie in hundertfünfzig. Er ist unbedingt ehrlich und hat nie etwas für sich selber beansprucht. Gerade der Umstand, daß er sowohl selbstlos als ehrlich ist, bringt altmodische Ägypter derart in Verwirrung, daß sie ihn nicht ‚verstehen' können. Ich hörte ihn als ‚einfachen Menschen mit einem komplizierten Verstand' bezeichnen. Aber das ist schließlich besser, als wenn er ein komplizierter Mensch mit einem einfachen Verstand wäre. Was Nasser und seinen Leuten am meisten abgeht, das ist greifbare Regierungserfahrung. Sie haben zweifellos Fehler gemacht, aber es wäre ein tragischer Tag für Ägypten und die Welt, wenn er gestürzt werden und das Land revolutionäreren Kräften erliegen oder — noch schlimmer — in die Trägheit, Gier und Schmutzigkeit des alten Regimes zurückfallen sollte.»

Die Westmächte können vielleicht, wenn auch die Verhandlungen vor der UNO kein Ergebnis bringen, durch wirtschaftliche oder militärische «Sanktionen» (wie sie bereits der australische Ministerpräsident Menzies ins Auge faßt) Nasser stürzen und Ägypten dem Chaos ausliefern. Aber eines können sie nicht: ihre alte Machtstellung in Afrika und Asien wiederherstellen. Ihr kolonialer Imperialismus ist zum Tode verurteilt, und je eher sie das einsehen, um so besser.

Freie Goldküste Ein besonders eindrückliches Zeichen dafür, daß es mit allem Imperialismus und Kolonialismus zu Ende geht, ist die bevorstehende Erhebung der bisherigen britischen Kolonie *Goldküste* zum unabhängigen, wenn auch im britischen Commonwealth verbleibenden Freistaat. Dieselben Engländer, die sich so zäh an ihre unhaltbare imperiale Machtstellung in Ägypten und in Vorderasien klammern, die auf Cypern eine brutale Gewaltherrschaft ausüben, die in Kenya und Rhodesia das Herrenrecht des weißen Mannes so rücksichtslos-blind verteidigen — sie anerkennen, daß die jüngsten Wahlen an der Goldküste endgültig die Voraussetzung für die volle Selbstregierung des Landes geschaffen haben, und sind bereit, auf den 6. März 1957 der Goldküste mitsamt dem britischen Teil von *Togo* — einem Treuhandschaftsgebiet der UNO — die unumschränkte staatliche Selbständigkeit zu gewähren. Die Goldküste, die künftig ihren alten Namen *Ghana* führen wird, ist damit der erste afrikanische Eingeborenenstaat, der aus einem kolonialen Untertanenland zum vollberechtigten Mitglied des britischen Staatenverbandes aufsteigen wird — ein wahrhaft geschichtliches Ereignis, das die weitere Entwicklung im «schwarzen Erdteil» ohne jeden Zweifel tief beeinflussen wird, zumal auch das der Goldküste benachbarte Nigeria in absehbarer Zeit mindestens politisch von aller Kolonialherrschaft frei werden wird.

Daß die Goldküste und Nigeria diesen Weg gehen können, liegt freilich stark in den besonderen natürlichen und geschichtlichen Verhältnissen Westafrikas begründet, die von denjenigen Ost- und Zentralafrikas — um von Südafrika nicht zu reden — sehr verschieden sind. Westafrika wird von den Weißen nun schon seit über dreihundert Jahren kolonisiert, während die Europäer in Ostafrika erst in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts richtig Fuß zu fassen begonnen haben. In Westafrika waren es zudem lange Zeit Europäer minderer Art — Sklavenhändler, Ausbeuter, Abenteurer, Gesindel jeglicher Sorte —, die sich die Eingeborenen unterwarfen und von diesen entsprechend verachtet und gehaßt wurden, während in Ost- und Zentralafrika mehr oder weniger «ehrbare» Kaufleute, Forscher, Missionare, Beamte und Siedler die Kolonisierung einleiteten. Anderseits standen die Afrikaner der Westküste von vornherein kulturell höher als diejenigen des Ostens; die Beninbronzen in Nigeria zum Beispiel sind weltberühmt, und Kano, die Hauptstadt von Nordnigeria, besitzt schriftliche Urkunden, die bis auf 900 n. Chr. zurückgehen. Und was schließlich von besonderer Wichtigkeit ist: an der Goldküste wie in Nigeria gibt es keine weiße Siedler- und Herrenschicht wie in Kenya, Rhodesia und Südafrika. Landerwerb durch Weiße ist streng verboten; ohne Bewilligung der britischen Verwaltung darf ein Weißer nicht einmal Beschäftigung an der Goldküste suchen. Großbritannien wollte von vornherein, daß die Goldküste ein *afrikanisches* Land bleibe; auch die Wirtschaft der Kolonie liegt darum ganz überwiegend in schwarzen Händen, vor allem die Kakaoindustrie, die den Wohlstand des Landes begründet hat.

Die Goldküste — die ungefähr den Flächeninhalt Großbritanniens hat mit rund 4,5 Millionen Einwohnern, von denen nur 7000 Nichtafrikaner sind — ist tatsächlich nach Malaya die reichste aller britischen Kolonien. Sie ist der größte Kakaoproduzent der Erde und der größte Exporteur von Manganerz. Und wenn das märchenhafte Projekt der Stauung des Voltaflusses verwirklicht sein wird, dürfte Ghana mit seinen ungeheuren Bauxitlagern und billiger elektrischer Kraft einer der wichtigsten Erzeuger von Aluminium auf der Welt werden. Nachteilig für die Goldküste ist allerdings sein Klima, das mindestens in dem dampfend heißen Küstenstreifen auch für Afrikaner wenig zuträglich ist, während Mittelghana — das alte Königreich der Aschanti — und das trockene, heute noch ganz primitiv-feudale Nordland gesundheitlich günstiger dastehen. Accra, die am Meer liegende Hauptstadt der Goldküste, ist nach europäischen Begriffen bisher eine schmutzige, regellose, wenn auch ungeheuer lebensvolle Massensiedlung; bei dem triefend feuchten Klima zerfallen Kleider, Schuhe, Bücher usw. schon in wenigen Wochen, wenn sie nicht durch besondere technische Vorkehrungen — zum Beispiel elektrisches Licht in den Schränken oder von Heißluft durchflutete Trockenräume — ge-

schützt werden. Dennoch hat die Goldküste ganz unabsehbar großartige Entfaltungsmöglichkeiten, wirtschaftlich ebenso wie geistig und kulturell, und die Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit wird — nach Überwindung der Anfangsschwierigkeiten — gewiß mächtig dazu beitragen, Ghana auf eine Höhe zu führen, die von keinem anderen Land Afrikas so bald erreicht werden dürfte.

Mühsamer Aufstieg Die Geschichte des Aufstieges der Goldküste zur politischen Unabhängigkeit kann nicht erzählt werden, ohne daß der Leistung und der Persönlichkeit *Dr. Kwame Nkrumahs*, des gegenwärtigen Ministerpräsidenten, gebührend gedacht wird. Nkrumah, heute ein Mann von 47 Jahren, hat — wie ihn ein Besucher beschreibt — eine hohe, schmale, stark gewölbte Stirn, eine nach hinten gekämmte Haarkrone, eine nur mäßig breite Nase, das typisch afrikanische, blendend weiße Gebiß und volle, hübsch geformte Lippen. Er ist mittelgroß, gelenkig und von selbstsicherem, ungezwungenem Auftreten, das ihm rasch die Sympathie aller Menschen gewinnt, die ihm begegnen. Nkrumah ist Junggeselle — «ich habe keine Zeit zum Eheleben», versichert er glaubwürdig — und hat kein Interesse für mondäne Vergnügungen oder für Sport, liebt aber Musik, europäische sowohl wie afrikanische. Seine Arbeitskraft scheint unerschöpflich; am frühen Morgen schon empfängt er jeden, der ihn sprechen will, und normalerweise verbringt er jeden Sonntag draußen im Land, um mit dem Volk in enger Berührung zu bleiben.

Nkrumahs Haupteigenschaft ist seine lebenssprühende Tatkraft, die ihn zum geborenen Menschenführer macht. Ganz und gar nicht doktrinär, vermag er sich jeder neuen Lage ohne Mühe anzupassen; nach jeder Niederlage kommt er wieder rasch auf die Füße. In einer katholischen Missionsschule erzogen, nennt er sich heute einen «konfessionslosen Christen» oder auch einen «christlichen Marxisten», der von Gandhi die Macht des gewaltlosen Widerstandes gelernt hat. Achimota, das Universitätscollege der Goldküste, dann die Negerhochschule von Pennsylvanien und die Londoner Hochschule für Wirtschaftswissenschaften sind die Bildungsstätten, die seinen Geist entscheidend geformt haben. Aber seine große Gelegenheit kam erst, als er, nach zwölfjähriger Abwesenheit von der Heimat, im Dezember 1947 wieder an der Goldküste landete und zunächst unter der Führung Dr. Danquahs, der ihn zurückgeholt hatte, ins politische Leben seines Landes eintrat. Bald wurde *er* die große Triebkraft der nationalen und sozialen Freiheitsbewegung. Nach einem ersten scharfen Zusammenstoß mit der britischen Verwaltung im Anschluß an eine heftige Krise in der Kakaowirtschaft schritt er 1949 zur Bildung einer eigenen Partei, der Convention People's Party (CPP), an deren Spitze er seither als unbestrittener Führer steht. Die CPP hat die ganze Goldküste, fast bis

ins hinterste Dorf hinaus, durchorganisiert und aufgerüttelt. Sie verfügt über alle Aktionsmittel einer modernen Massenpartei, von Zeitungen und Lautsprechern über Automobilkarawanen und uniformierte Frauen- und Jugendgruppen bis zu bunten Fahnen, einem eigenen Gruß (der auf Armeslänge vorgestreckten offenen Hand) und einem im Sprechchor herausgestoßenen Losungswort («Freedom», auf der zweiten Silbe betont). Die CPP vertritt ein maßvoll sozialistisches Reformprogramm, auf dessen Gestaltung Roosevelts New Deal nicht ohne Einfluß war. Nkrumah selbst wird natürlich von manchen seiner Gegner als Kommunist bezeichnet, stand auch seinerzeit in London in Beziehungen zu kommunistischen Intellektuellen, bekämpft aber heute sowohl in seiner Partei wie im Staat ganz allgemein entschieden alle kommunistischen Einflüsse, zum Teil mit scharfen Zensurmaßnahmen, die alles andere als liberalen Geist atmen.

Sein großes Ziel war jedoch im letzten Jahrzehnt die Befreiung der Goldküste von der britischen Kolonialherrschaft. Er verfolgte es mit unbeirrbarer Konsequenz und Geschicklichkeit, bereit, jegliches Opfer dafür zu bringen, aber auch entschlossen, die nationale Unabhängigkeit mit friedlichen Mitteln zu erkämpfen. Er hatte dabei das Glück, in dem damaligen Gouverneur, Sir Charles Arden-Clarke, einen Gegner zu finden, der die besten Überlieferungen britischer Ritterlichkeit und Großherzigkeit verkörperte. Als Nkrumah anfangs 1950 den gewaltlosen Generalstreik erklärte, wurde er zwar verhaftet und zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Aber inzwischen hatte — ein wahrhaft staatsmännischer Entschluß — das Londoner Kolonialministerium, das damals der Labourregierung unterstand, die Hand zur Schaffung einer Verfassung geboten, die dem Volk der Goldküste grundsätzlich das Recht einräumte, seine Regierungsform selbst zu bestimmen. Im Februar 1951 fanden die ersten allgemeinen Wahlen an der Goldküste statt, die der Partei Nkrumahs einen überwältigenden Sieg brachten und ihr die Anwartschaft auf die Stellung der Regierung eröffneten. Wie hätte aber eine Regierung der CPP ohne Nkrumah selbst ersprießlich arbeiten können? So entschloß sich Arden-Clarke zur Begnadigung Nkrumahs, der, obwohl außerstande gesetzt, am Wahlkampf teilzunehmen, in seinem Wahlkreis mit 22 780 von insgesamt 23 122 Stimmen — also fast einstimmig — gewählt worden war. Am 12. Februar 1951 wurde der Führer der CPP aus dem Gefängnis entlassen, von einer ungeheuren Menschenmenge erwartet und stürmisch begrüßt. Im Triumph zog er ins Regierungsgebäude ein und bildete sein erstes Ministerium aus Männern, die bis dahin nicht die geringste Erfahrung in Regierungs- und Verwaltungsdingen gehabt hatten. Der Gouverneur tat alles, was in seiner Macht stand — nicht, um der «schwarzen» Regierung Steine in den Weg zu legen, sondern im Gegenteil, um ihr die schwere Aufgabe, vor die sie gestellt war, zu erleichtern. Ja, Arden-Clarke und Nkrumah wurden sogar gute

Freunde, aus deren Zusammenarbeit ein planmäßig fortschreitender Aufstieg der Goldküste zur vollen Selbstregierung erwuchs. Seit 1954 hat die Goldküste die erste verantwortliche Volksvertretung und das erste rein afrikanische Kabinett in der britischen Kolonialgeschichte, und als im Juli dieses Jahres die CPP bei den Parlamentswahlen mit 71 von 104 Sitzen aufs neue in ihrer Vormachtstellung bestätigt wurde, zögerte die britische Regierung nicht lange mit der Erfüllung ihres Versprechens, der Goldküste die staatliche Souveränität zu gewähren, falls sich eine «angemessene Mehrheit» der Wählerschaft für das Programm der CPP ausspreche.

Das letzte Hindernis war eine Oppositionsbewegung, die sich auf die alte Stammesverfassung stützte und gegenüber der eher zentralistisch ausgerichteten Partei Nkrumahs eine lockere föderalistische Staatsform verfocht. Angesichts der ganzen modernen Entwicklung der Goldküste verloren aber die Stammeshäuptlinge und ihre Gefolgsleute doch mehr und mehr an Bedeutung und Einfluß; zuletzt waren sie kaum mehr als britische Marionetten, die der Kolonialherrschaft ein fadenscheiniges Eingeborenenmäntelchen umhingen und nur einem vernünftigen Fortschritt den Weg versperrten. Bei den Wahlen jetzt wohl endgültig geschlagen, werden die Häuptlinge ihre zeremonielle Rolle zwar weiterhin zu spielen vermögen, aber wirklicher politischer Macht doch so ziemlich entkleidet sein. Stärkeren Einfluß könnte die Opposition höchstens gewinnen, wenn es der Regierung nicht gelänge, die bedenklichen Korruptionserscheinungen auszurotten, die sich in der Verwaltung breit zu machen begonnen haben. Sogar Nkrumah selbst und einige seiner nächsten Mitarbeiter scheinen in gewisse Finanzskandale verwickelt zu sein, die jetzt den Gegenstand einläßlicher Untersuchungen bilden. Aber es besteht aller Grund zu der Annahme, daß das Regime Nkrumah dieser — in Afrika freilich ganz und gar nicht ungewöhnlichen — Kinderkrankheit einer vielleicht allzu rasch modernisierten Verwaltung Herr werden wird und daß Volk und Staat der Goldküste immer mehr auch die innere Reife erlangen werden, die sie brauchen, soll Ghana wirklich das große Vorbild für die nach menschlicher Würde und politischer Freiheit dürstenden Millionenmassen der afrikanischen Negerbevölkerung werden.

Kommunismus – Sozialismus *Ein* Grund für die so weitgehende Bereitwilligkeit der Engländer, das Regime Nkrumah in seinem Streben nach nationaler Unabhängigkeit zu unterstützen, ist zweifellos die Überlegung, daß längerer Widerstand gegen die nationalistische Bewegung höchstens die radikaleren Elemente in der CPP zur Macht bringen und vielleicht gar dem Kommunismus Auftrieb geben könnte. Ähnliches gilt für die britische Afrikapolitik ganz allgemein, die stark unter dem Eindruck steht, daß dem nationalistischen Radikalismus und dem Kommunismus am besten

gewehrt werden könne, wenn die eingeborene Bevölkerung planmäßig zur Selbstregierung erzogen werde, während die französische Politik darauf ausgeht, den Afrikanern den Nationalismus dadurch abzugewöhnen, daß man sie zu Franzosen macht und ihr Land eng mit Frankreich verbunden hält, womöglich mit Vertretung der afrikanischen Bevölkerung im französischen Parlament. Diese französische Politik hat ohne Zweifel Erfolge aufzuweisen, besonders in Westafrika, hat aber in Nordafrika mehr und mehr versagt und die Trennung Marokkos und Tunesiens vom «Mutterland» nicht verhindern können; sie wird auch in Algerien scheitern, das kein Teil Frankreichs sein, sondern seinen eigenen Nationalstaat bilden will. Was aber den Kommunismus betrifft, so sind dessen Aussichten in Afrika vorderhand sehr mäßig. Er hat sich gewiß da und dort festsetzen können, namentlich in der Gewerkschaftsbewegung, und übt auch politisch eine unleugbare Anziehungskraft aus als die wirksamste Methode, unterentwickelte Völker zu modernisieren. Aber die *gegen* ihn wirkenden Kräfte sind auf absehbare Zeit doch so stark, daß schon ganz krasse Mißbräuche und Fehlhandlungen der Kolonialmächte nötig wären, um die nationalistische Bewegung zur Übernahme der kommunistischen Befreiungs- und Fortschrittsmethode zu veranlassen. Nicht einmal in Kenya und Ägypten hat der Kommunismus stärkeren Anklang zu finden vermocht.

Afrika ist darum auch kein günstiger Boden für den gewalttätigen Antikommunismus, wie er in Asien, Europa und Amerika im Schwung ist, zumal die neueste Entwicklung des Kommunismus selber, mit ihrer Tendenz, *verschiedene* Wege zum Sozialismus anzuerkennen, der Anpassung der Kampfmethoden an die jeweiligen nationalen Bedingungen größeren Raum läßt, als das bisher meistens der Fall war. Der vulgäre Antikommunismus wird sich so zweifellos auch in Europa und Amerika mehr und mehr abschwächen und die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus in neue Bahnen gelenkt werden, die die Gefahr eines machtmäßigen Aufeinanderprallens der kommunistischen und der nichtkommunistischen Welt verringern. Um so verwunderlicher ist es, daß sich gerade in diesem Augenblick *Westdeutschland* erneut zu der alten, dummen und wirkungslosen Methode des Kampfes gegen den Kommunismus bekennt, indem es — durch den Spruch des Verfassungsgerichts — die schwache Kommunistische Partei, die bei den nächsten Wahlen wahrscheinlich überhaupt keinen Sitz im Bundestag mehr erlangen wird, weil sie die dafür nötige Mindestzahl von fünf Prozent der Gesamtstimmen nicht erreichen dürfte, als Gefahr für die Demokratie erklärt und in aller Form verboten hat. Man kann sich diese Maßnahme nur so erklären, daß die Regierung Adenauer, die das Urteil provoziert hat, damit einen Schlag gegen das kommunistisch orientierte Ostdeutschland führen und ihm seinen wichtigsten Stützpunkt in der Bundesrepublik nehmen wollte. Vielleicht haben die-

jenigen recht, die glauben, Adenauer und seine Leute fürchteten einen gewissen Aufschwung der Deutschen Demokratischen Republik während der nächsten Jahre und wollten der Gefahr vorbeugen, daß die Kommunisten Westdeutschlands daraus Nutzen zögen und die Sozialdemokraten die Hand zu einer Verständigung mit der DDR böten, die zu einer sozialistisch-kommunistischen Linksregierung führen könnte. Auf jeden Fall aber beweist das Verbot der Kommunistischen Partei Westdeutschlands, daß die herrschende Klasse in der Bonner Republik auch nach dem Zweiten Weltkrieg nichts gelernt und nichts vergessen hat. Konni Zilliacus, der britische Labourpolitiker, hat nur zuviel Grund, festzustellen: «Dieser Beschluß, zusammen mit der Meldung, daß ehemalige SS-Offiziere die Erlaubnis erhalten, hohe Posten in der westdeutschen Armee zu bekleiden, verstärkt meinen Eindruck, daß das Regime Adenauer dasselbe ist wie dasjenige der Weimarer Republik von 1931 — ein künstliches Regime, das irgendeiner schlechten Sache den Weg ebnet.»

Eine merkwürdige Wirkung hat die Auflockerung des Kommunismus auch in *Italien* gehabt. Statt sie dazu zu benützen, aus der bisherigen Aktionsgemeinschaft von Linkssozialisten und Kommunisten ein Werkzeug innerer Annäherung der beiden Flügel der italienischen Arbeiterbewegung zu machen und damit dem internationalen Gesamtsozialismus einen ganz wichtigen Dienst zu leisten, bemüht sich Pietro Nenni, der Führer der großen Linkssozialistischen Partei, ihre Verschmelzung mit der kleinen, weit rechts stehenden Sozialdemokratischen Partei Saragats anzubahnen, die gegenwärtig der von den Klerikal-Konservativen («Christlichen Demokraten») beherrschten Regierungskoalition angehört. Natürlich stellt Saragat den Linkssozialisten dafür seine Bedingungen, vor allem: Bruch mit den Kommunisten, Unterstützung der Politik der Westmächte und Milderung des Antiklerikalismus, alles verbunden mit dem Wiedereintritt in die Sozialistische Internationale, die natürlich die Verschmelzungsbestrebungen aufs eifrigste fördert. Und Nenni scheint auch durchaus geneigt, die Bedingungen Saragats anzunehmen! Der Bruch mit den Kommunisten, so meint er, müsse ja nicht dramatisch und auf einmal erfolgen; man könne auch einfach die bestehende Aktionsgemeinschaft von selbst erlöschen lassen. Eine Annäherung an die Westmächte anderseits sei darum möglich, weil die NATO ihre maßgebende Rolle in der gegenwärtigen Weltlage mehr oder weniger eingebüßt habe. Und was schließlich den Antiklerikalismus betreffe, so lasse sich auch darüber reden, wenn es darum gehe, den linken Flügel der Christlichdemokraten für eine neue Regierungskoalition zu gewinnen.

Es scheint indessen, daß Nennis Kompromißbereitschaft in seiner Partei auf erheblichen Widerstand stößt, wie übrigens auch Saragat bei seinen Freunden, die Nenni immer noch nicht recht trauen, keineswegs ungeteilte Zustimmung findet. Trotzdem setzen die beiden Poli-

tiker ihre Vereinigungsbemühungen fort. Sie lassen sich dabei von der Hoffnung leiten, auf diesem Wege zu einer Neugruppierung der politischen Kräfte Italiens zu kommen, einer Koalition von Sozialisten und Linksbürgerlichen, die aus der Erstarrung der bisherigen Fronten herausführen und eine Politik maßvollen Fortschritts im demokratischen Rahmen einleiten könne. Aber ist das nicht eine Selbsttäuschung, besonders angesichts der engen Verbindung auch der Linkskatholiken mit dem reaktionären Klerus und der Vatikanpolitik? Und ist nicht der Preis, den Nenni für die Schaffung einer Regierung des «linken Zentrums» zu bezahlen bereit scheint, viel zu hoch? Würde nicht einfach der Linkssozialismus liquidiert oder doch seiner Stoßkraft beraubt und die Kommunistische Partei in eine Isolierung getrieben werden, die sie nur wieder mehr von Moskau abhängig machen müßte?

Uns dünkt, auf weitere Sicht wäre es viel richtiger, die geistige und organisatorische Vereinheitlichung der sozialistischen Gesamtbewegung *geistig* vorzubereiten, und das heißt: die Sozialistische Partei Nennis zum Mittelpunkt einer erneuerten, radikal-sozialistischen und demokratischen Volksbewegung zu machen, die nach rechts, zu den Sozialdemokraten Saragats, wie nach links, zu den Kommunisten um Togliatti hin genügend Anziehungskraft ausüben würde, um die Grundlagen für eine spätere Regierungsmehrheit zu bilden. Das erfordert freilich Vertrauen und Geduld — und beides fehlt offenbar Nenni stark. Er drängt einfach zur Macht und sucht für eine neue, fortschrittliche Regierungsmehrheit eine Basis zu zimmern, die nur unter Verwischung der Gegensätze, ja unter Preisgabe sozialistischen Gedankengutes zustande kommen könnte. Und das kann zu nichts Gutem führen. Taktischer Opportunismus und Drang nach raschen Erfolgen waren noch immer das Verderben des Sozialismus, während Klarheit und Festigkeit im Grundsätzlichen von selbst zu der nötigen Machtstellung führt, auch wenn es länger geht.

Das meint wohl auch Professor G. D. H. Cole, der Oxforder Nationalökonom und Sozialhistoriker, wenn er in seinem trefflichen Schriftchen «World Socialism Restated« («Neubegründung des Weltsozialismus») vor sozialdemokratischem Nurreformismus ebenso warnt wie vor kommunistischer Gewalttätigkeit. «Was neugeschaffen und mit frischer Kraft ausgestattet werden muß», so schreibt er, «ist ein Weltsozialismus, der sich an die Spitze einer Weltfreiheitsbewegung in fortgeschrittenen wie in zurückgebliebenen Ländern stellt und als Weltbewegung die Ängstlichkeiten und Hemmungen abschüttelt, die ihn jetzt gefangenhalten.» Ein solcher seiner selbst sicherer und aus seinen tiefsten Quellen erneuerter Sozialismus brauche keine Angst vor dem Kommunismus zu haben, müsse vielmehr überall dort mit ihm zusammenarbeiten und auf ihn zu wirken suchen, wo die beiden gemeinsame Sache des Sozialismus es verlange. Besonders in Italien und Frankreich,

wo die kommunistischen Parteien den größten Teil der Gewerkschaften beherrschen und starke Wählermassen hinter sich haben, sei es

«völlig klar, daß ... ohne ihre Mitarbeit der Sozialismus nicht verwirklicht und kein wesentlicher Fortschritt auf ihn zu gemacht werden kann. Es ist dementsprechend eine gebieterische Notwendigkeit, zwar nicht eine unmittelbare Einheitsfront mit ihnen zu bilden — für welche die Verhältnisse noch nicht reif sind —, aber doch die Möglichkeit einer gegenseitigen Anpassung nicht auszuschließen und jede Gelegenheit zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Sozialisten und Kommunisten zu ergreifen, ohne dabei wesentliche demokratische Grundsätze zu opfern. In Italien stellt sich ein besonderes Problem, weil dort eine mächtige sozialistische Partei — die Partei Nennis — besteht, die mit den Kommunisten zusammenarbeitet, im Gegensatz zu der viel kleineren Saragat-Partei, die allein von der Sozialistischen Internationale anerkannt wird. Meine Sympathien gehen weit mehr zu den Nennials zu den Saragat-Sozialisten, und nach meiner Auffassung sollten die Linkssozialisten in anderen Ländern bereit sein, ungehindert mit der Nenni-Partei zusammenzuarbeiten und zu verkehren, was von großem Nutzen für die Niederlegung der Schranken auf dem Weg zu einer einheitlichen internationalen sozialistischen Aktion sein kann.»

Es wird sich zeigen, ob Nenni und seine Anhänger selbst an ihrer Aktionsgemeinschaft mit den Kommunisten festzuhalten entschlossen sind, oder ob sie sich — sachte oder brüsk — von den Kommunisten lösen und der Koalition mit einer verbürgerlichten Sozialdemokratie und einem unzuverlässigen Linksbürgertum die Einheit der Arbeiterbewegung und den davon abhängigen Sieg des Sozialismus opfern wollen*.

Der Weg Chinas Bei all unseren Auseinandersetzungen mit dem Kommunismus wollen wir aber nie vergessen, daß es sich dabei nicht allein um die Sowjetunion und die von ihr ausstrahlenden Kräfte handelt, sondern auch um das neue *China*, dieses Riesenreich mit seinen wahrhaft unbegrenzten Möglichkeiten, das — mit seinen Nachbarn Nordkorea und Vietnam — in der kommunistischen Welt und in der Weltentwicklung überhaupt eine immer bedeutendere Rolle spielt. Das kam in der Berichtszeit auch am 8. Kongreß der Kommunistischen Partei Chinas zum Ausdruck, der in der zweiten Septemberhälfte in Peking stattfand und die gewaltige Umwälzung des ganzen chinesischen Lebens seit dem letzten, im April 1945 abgehaltenen Parteitag widerspiegelte. Die westliche Presse brachte darüber nur spärliche und tendenziös entstellende Berichte; die «Neue Zürcher Zeitung» beispielsweise (Nr. 2581) konnte sich «des Eindrucks nicht erwehren», daß sich im Zusammenhang mit der Revi-

* Inzwischen hat sich der Widerstand gegen Nennis Taktik in seiner eigenen Partei so verstärkt, daß ein neues Abkommen zwischen Sozialisten und Kommunisten abgeschlossen worden ist. Aber Vorsicht! Nenni gibt sich noch keineswegs geschlagen, und auch Saragat und seine Leute denken gar nicht daran, ihre Bemühungen aufzugeben, Nenni doch noch zu sich herüberzuziehen. (8. Oktober.)

sion des Stalinismus in der Sowjetunion eine «tiefgehende Krise» im chinesischen Kommunismus entwickelt habe, an deren Verlauf natürlich alle möglichen Hoffnungen geknüpft werden. In Wirklichkeit geht das neue China — bei aller Verbindung mit der Sowjetunion — durchaus seinen eigenen Weg, damit freilich die jetzt in Moskau zum Durchbruch gekommene Erkenntnis bestätigend, daß jedes Land gemäß seinen besonderen Verhältnissen den Übergang zum Sozialismus bewerkstelligen müsse. «Chinas neuer Weg», so bemerkt Anna Louise Strong, die treffliche amerikanische Chinakennerin, in ihrer Zeitschrift «Today» (1. August 1956),

«ist der Weg einer ‚allmählichen, friedlichen Umwälzung', eine Methode, auf die das neue China stolz ist. Es beansprucht dafür kein ausschließliches Verdienst; es hat von Marx, Lenin und Stalin gelernt; es hat Rußlands Errungenschaften ebenso wie seine schweren Opfer studiert; es anerkennt seine Dankesschuld gegenüber dem sowjetischen Verbündeten, dessen lange Grenze China vor der feindseligen Einkreisung schützt, der Rußland bei seinem ganzen Fortschreiten zum Sozialismus ausgesetzt war. Es hat vielleicht sogar ein wenig Edward Bellamy gelesen.* Denn wenn es Marx war, der gesagt hat, es könnte unter gewissen Umständen ‚zweckmäßig sein, die Kapitalisten auszukaufen', so war es Bellamy, der die Kapitalisten als menschliche Wesen sah und meinte, es könne eine Zeit kommen, da auch sie ‚den Kapitalismus unbefriedigend finden und den Sozialismus vorziehen würden' ... Was sich gegenwärtig in den Städten Chinas abspielt, wo die Kapitalisten in Limousinen aufziehen, um ihren ‚Anschluß an den Sozialismus' zu feiern, ist sicher eher eine Szene aus Bellamy als aus Marx.»

Für westliches Denken ist es tatsächlich ein fast unglaubliches Schauspiel, das Tschen Schu-tung, der Präsident des Allchinesischen Industrie- und Handelsverbandes, in «People's China» (1. März 1956) beschreibt, wenn er erzählt, wie «seit Dezember die Straßen von Peking, Schanghai und anderen Städten in festlicher Stimmung waren ... mit Trommeln, Gongs und Feuerwerk Tag und Nacht», um die Eingliederung des privaten Unternehmertums in die sozialistische Wirtschaft zu feiern. «Der althergebrachte Weg gewissenloser Profitmacherei war nun versperrt ... Wir sahen mehr und mehr, daß der Sozialismus die ‚Hauptströmung' im neuen China war; er ist der Herzenswunsch des ganzen Volkes; nichts konnte ihn mehr zurückhalten. Die Arbeiter in unseren Unternehmungen drängen darnach; wir werden von unseren Verwandten, unseren Frauen und namentlich unsern Kindern bestürmt, den gleichen Weg zu gehen ... Wir werden nicht ‚enteignet'; wir nationalen Kapitalisten arbeiten mit an der Eingliederung unserer Unternehmungen in das sozialistische Wirtschaftsgefüge.» Gewiß, so gibt Tschen zu, nicht alle Unternehmer sind begeistert. Es gibt Zögernde, es gibt Mißmutige und Widerstrebende, ja Gegenrevolutionäre; aber die große Mehrzahl macht freudig mit und schließt sich aus Überzeugung dem neuen Leben an.

* Gemeint ist dessen utopischer Roman «Rückblick aus dem Jahr 2000».

In «China Reconstructs» (März 1956) setzt Dr. Tschao-ting Tschi, ein chinesischer Volkswirtschafter, den Übergang zu der neuen Ordnung einläßlich auseinander. Es handelt sich im Kern darum, daß die kapitalistischen Unternehmer ihre privaten Besitzrechte gegen Anteile an einer Großunternehmung eintauschen, für die ihnen der Staat einen festen Zins von nicht weniger als fünf Prozent garantiert. Bis 1955 war es so gewesen, daß der Staat privaten Firmen die Rohstoffe lieferte, die diese weiterzuverarbeiten hatten. Zuletzt stammten 83 Prozent der Gesamtproduktion der Privatindustrie aus Unternehmungen, die vertragsmäßig diesem «staatskapitalistischen» System eingegliedert waren. Aber viele Unternehmungen kamen dabei mehr und mehr in Schwierigkeiten, sei es daß sie technisch nicht genug auf der Höhe waren, sei es daß ihnen zwischen den Ansprüchen der Gewerkschaften auf der einen Seite und den sozialpolitischen und preismäßigen Vorschriften des Staates auf der andern zuwenig freier Spielraum blieb. Ein Ausweg bestand darin, daß der Unternehmer sein Geschäft zur Übernahme in gemischt staatlich-privaten Betrieb anmeldete. Die Aktiven des Unternehmens wurden dann von Sachverständigen eingeschätzt, und der Kapitalist bekam «Anteile» an einem neuen Konzern, der vom Staate organisiert wurde. Der frühere Besitzer konnte, wenn er wollte und fähig war, einen Posten in der Betriebsleitung einnehmen, bezog aber auf jeden Fall seinen garantierten Zins.

Im Juni 1955 gab es 2068 solche gemischte Unternehmungen, nicht einmal 2 Prozent aller Privatunternehmungen, die aber 60 Prozent der Produktion in sich vereinigten. Dann nahm der Staat keine Einzelunternehmungen als Geschäftspartner mehr an, sondern verlangte den Anschluß ganzer Produktionszweige. Bis Ende 1955 meldeten sich acht Wirtschaftszweige zur «Umwandlung» in staatlich-private Konzerne an; von da ab wuchs ihre Zahl sprunghaft an, nachdem an einer Tagung des Allchinesischen Industrie- und Handelsverbandes 73 führende Kapitalisten über ihre Erfahrungen mit der neuen Unternehmungsform berichtet hatten. Peking ging voraus; im Januar 1956 traten alle Privatunternehmungen branchenmäßig-gesamthaft zur staatlich-privaten Betriebsform über. Schanghai folgte; dann kamen andere Städte, und Mitte 1956 waren die Industrien aller chinesischen Großstädte auf der neuen Grundlage organisiert. Allein in Tientsin sind im ersten Halbjahr 1956 an die Privataktionäre der gemischten Unternehmungen «Dividenden» im Betrag von 480 000 Pund Sterling (etwa 5,8 Millionen Franken) ausgerichtet worden.

Natürlich ist das noch nicht «der Sozialismus», aber es ist ein wichtiger, vielleicht der entscheidende Schritt zu einer sozialistischen Ordnung der chinesischen Industriewirtschaft. Denn die «sozialisierten» Kapitalisten wissen sehr wohl, daß es sich bei der neuen Betriebsform nur um einen Übergangszustand von mehr oder weniger langer Dauer handelt, dem sie sich so gut wie möglich anpassen, so wie sie sich den

wechselnden Verhältnissen und Regimeformen früherer Zeiten angepaßt haben. Wenn sich die gegenwärtige Organisationsform bewährt hat, wird China — seine Führer sind jedenfalls dazu entschlossen — planmäßig weiter schreiten zu immer klareren und leistungsfähigeren Formen einer eigentlichen sozialistischen Wirtschaft.

Ähnliches gilt für die übrigen Sektoren der chinesischen Wirtschaft. Bereits sind rund zwei Millionen *Kleingewerbler* in Genossenschaften zusammengeschlossen, die ein Mittelding zwischen Privatgeschäft und Gemeinbetrieb darstellen*. Und namentlich ist in der *Landwirtschaft* aus sozialistischem Geist eine Umgestaltung im Gang, die sowohl in ihrer Raschheit wie nach ihren Erfolgen einfach erstaunlich ist. Sie geht in drei Stufen vor sich. Das erste sind die bäuerlichen Arbeitsgemeinschaften, bei denen sich Nachbarn zu gegenseitiger Hilfe zusammenschließen, aber jeder Bauer auf eigene Rechnung wirtschaftet. Dann kommen die bäuerlichen Produktivgenossenschaften: Aller Boden wird gemeinschaftlich bebaut, aber die Genossenschaft bezahlt dem Einzelbesitzer nach Maßgabe seiner Bodenfläche eine «Dividende» und «mietet» zugleich seine Arbeitswerkzeuge, sein Vieh usw., mit allmählicher Übernahme in Gemeinbesitz durch Abzahlung. Das «Kollektivgut» schließlich, die höchste Betriebsform, ist von vornherein Besitzer allen Bodens, aller Werkzeuge und Maschinen und des ganzen Viehbestandes; der Ertrag wird entsprechend der Arbeitsleistung der einzelnen Familien aufgeteilt.

Die vorherrschende Betriebsform ist zurzeit die Produktivgenossenschaft. Als wir letztes Jahr in China waren — ich habe im Juli-Augustheft 1955 der «Neuen Wege» auch über die neue chinesische Landwirtschaft berichtet —, zählte man etwa 600 000 solcher Genossenschaften und hoffte, bis Ende 1957 würde ein Drittel aller Bauernfamilien genossenschaftlich organisiert sein. Tatsächlich ist die Entwicklung so rasend schnell verlaufen, daß im Juni dieses Jahres über zwei Millionen landwirtschaftliche Genossenschaften bestanden, denen 108 Millionen Bauernfamilien, das sind über 90 Prozent der Gesamtzahl, angeschlossen waren. Und zwar gehörten davon 73 Millionen Familien oder 61 Prozent der Gesamtzahl Genossenschaften dem «vollsozialistischen» Typus, also Kollektivgütern, an.

Basil Davidson, der englische Reiseschriftsteller, sagt (in «China Reconstructs», August 1956) mit Recht, der Fortschritt des Genossenschaftswesens in China widerlege drastisch das Vorurteil, daß der Bauer viel zu konservativ und individualistisch sei, als daß er sich in

* In Peking wie in den meisten anderen Städten ist auch die Masse der kleinen Ladeninhaber, deren Buden für das Straßenbild Chinas so bezeichnend sind, in eine Teilhaberschaft mit dem Staat eingetreten. Der Laden und seine (meist dürftige) Ausstattung bleibt Privatbesitz, die Ware wird vom Staat geliefert und in Kommission verkauft. Ende 1955 gab es in China etwa 3 800 000 Kleinhandelsgeschäfte aller Art und Größe.

höherentwickelte Gemeinschaftsformen des landwirtschaftlichen Betriebes oder gar in Kollektivgüter freiwillig, ja begeistert einfügen könne. Er beschreibt auch ein großes bäuerliches Genossenschaftsunternehmen in der Nähe von Peking, dem etwa 2000 Bauernfamilien angeschlossen sind und das neben einer blühenden Goldfischzucht vor allem Mais anbaut. Noch vor vier Jahren hatten diese Menschen keinerlei Genossenschaft. Sie lebten nach alter Vätersitte in drei benachbarten Bezirken nebeneinander, nur in losen Arbeitsgruppen einander aushelfend. Vor zwei oder drei Jahren legten sie jedoch ihren Fischteich- und Bodenbesitz zusammen; der Ertrag der gemeinsamen Bewirtschaftung wurde nach Maßgabe der geleisteten Arbeit wie auch des ursprünglichen Besitzes verteilt. Die Produktion stieg rasch, und immer mehr Familien schlossen sich der Genossenschaft an. In diesem Jahr beschlossen sie, den Ertrag lediglich nach der Arbeitsleistung zu verteilen; der Weg ist damit frei für ein Höchstmaß von Ertrag und damit von Wohlstand.

«La Chine», die schöne mehrsprachige Monatsschrift, berichtet von einem ähnlichen Unternehmen in Südwestchina, einem Kollektivgut im Bezirk Wentschan, Provinz Jünnan. Es ist aus einer gewöhnlichen Produktivgenossenschaft mit 28 Familien herausgewachsen, die 1954 gegründet wurde. Im Herbst 1955 konnte bereits ein Gemeinschaftsbetrieb mit über 400 Familien eröffnet werden, der zwei Reisernten im Jahr statt bisher nur einer erzielt. Der Wohlstand der Bevölkerung hebt sich zusehends, desgleichen ihr Gesundheitszustand. «Früher», so heißt es in dem Bericht, «waren Seuchen in der Gegend sehr häufig und die Kindersterblichkeit hoch. Es gab weder Arzt noch Apotheker. Seit der Schaffung des Kollektivgutes gibt es wenigstens eine Krankenschwester. Für dieses Jahr ist auch die Schaffung einer Kinderschule und eines Kinderhorts in Aussicht genommen. Es ist kein Zweifel, daß mit der Entwicklung und Festigung des Kollektivgutes noch viele andere Einrichtungen zum Wohl der Kinder geschaffen werden.»

Die Vergenossenschaftung und Kollektivierung der chinesischen Landwirtschaft hebt aber nicht nur die Lebenshaltung und das geistige Niveau der bäuerlichen Massen, die vor kurzem noch weithin in einem untermenschlichen Hunger- und Armutsdasein dahinvegetierten; sie beschafft auch Lebensmittel für die städtische Bevölkerung und Rohstoffe für die Industrie und hilft so wesentlich mit, das große Industrialisierungsprogramm zu verwirklichen, das im Mittelpunkt von Chinas erstem Fünfjahresplan steht und von dessen Erfüllung seine Modernisierung, ja sein Leben selbst in stärkstem Maß abhängt. Wir haben allen Grund, diesen Kampf des neuen China um seinen Aufstieg zu einem würdigen Menschentum mit aufmerksamer Teilnahme zu verfolgen — und zu wünschen, daß ihm dabei der äußere Frieden erhalten bleibe.

Amerikanische Demokratie Für diese Erhaltung des Friedens im Fernen Osten hängt sehr viel von der Politik der *Vereinigten Staaten* ab, die bis heute die Existenz der Chinesischen Volksrepublik noch nicht anerkannt haben und mit ihrer Unterstützung des Regimes von Formosa immer noch die Illusion Tschiang Kai-scheks nähren, durch einen militärischen Angriff auf das neue China könne dessen revolutionäres Regime gestürzt werden. Wir wollen indes heute nicht auf die hier liegende Gefahr eintreten, vielmehr einen Blick auf die Vereinigten Staaten selber werfen, die am 6. November ihren Präsidenten neu wählen und ihre Volksvertretung neu bestellen. Das gibt Anlaß, wieder einmal das Arbeiten der amerikanischen Demokratie näher zu betrachten, die sich gerade bei einer Präsidentenwahl nicht im besten Lichte zeigt.

Schon die *Stellung* eines amerikanischen Präsidenten erscheint mit einer rechten Demokratie schwer vereinbar. Es ist kaum übertrieben, wenn man feststellt, daß der Präsident der Vereinigten Staaten eine größere Machtfülle in seinen Händen vereinigt als irgendein anderer Staatschef, auch ein «richtiger» Diktator, nicht allein weil das Land, das er beherrscht, heute das mächtigste der Erde ist, sondern auch weil die amerikanische Verfassung ihm ganz außergewöhnliche Vollmachten gibt. Er ernennt und entläßt seine Minister eigenmächtig wie irgendwelche unteren Angestellten, ist unumschränkter Chef der Bundesverwaltung, ernennt die Bundesrichter, ist Oberkommandierender der Wehrmacht, kann in bestimmten Fällen Parlamentsbeschlüsse außer Kraft setzen und bestimmt in erster Linie den ganzen Kurs der Innen- und Außenpolitik. Gewiß wird er dabei immer von der Bundesversammlung (dem «Kongreß») kontrolliert und muß sich mit ihr oft ärgerlich herumschlagen, namentlich wenn die Kongreßmehrheit, wie gegenwärtig, nicht bei seiner eigenen Partei liegt. Aber seine Machtfülle bleibt dennoch wohl einzigartig in der Welt und gibt ihm besonders in der Außenpolitik, in den Fragen von Krieg und Frieden, Befugnisse in die Hand, die mehr als einmal in verhängnisvoller Art und Weise ausgeübt wurden. Man denke nur, um von anderem zu schweigen, an die Praktiken, mit denen der damalige Präsident — es war McKinley — den Krieg mit Spanien (1898) vom Zaune brach oder wie Truman durch seinen Befehl an die amerikanischen Streitkräfte, die Regierung von Südkorea zu unterstützen, im Juni 1950 sowohl den Sicherheitsrat der UNO wie den Kongreß vor eine vollendete Tatsache stellte. Einem auch nur einigermaßen geschickten Präsidenten fällt es nie schwer, in einer internationalen Krise den Kurs der amerikanischen Politik so zu lenken, daß die Volksvertretung zu den entscheidenden Beschlüssen nichts mehr zu sagen hat oder es doch nicht wagt, dem Präsidenten in den Arm zu fallen. Demokratie? Volkssouveränität? Man muß es wohl ganz anders nennen.

Sodann die Art und Weise, wie in den Vereinigten Staaten der Präsident *gewählt* wird. Was man da gerade jetzt wieder, bei der Aufstellung der Präsidentschafts*kandidaturen*, erlebt hat, ist mehr als bedenklich. Namentlich der republikanische Parteitag von San Franzisko, der Eisenhower wieder für die Präsidentschaft und Nixon für die Vizepräsidentschaft nominierte, etwas abgeschwächt aber auch der demokratische Parteitag von Chicago, war eine reine Theatervorstellung. «Die Beschlüsse», so schrieb Max Lerner im «New Statesman» (1. September), «waren von vornherein festgelegt, und zwar nicht einmal in dem hergebrachten ‚verräucherten Zimmer' und in der letzten Minute, sondern in Eisenhowers Oberkommando. Es gab keine Konkurrenten, weder für Eisenhower noch für Nixon. Es war ein fertig fabrizierter Parteitag, der den Delegierten keinerlei freien Spielraum ließ und keine Berufung gegen die Beschlüsse erlaubte . . . Er wurde zwangsweise ein Fastnachtsparteitag». Der Kongreß sei wie ein Hollywood-Film oder eine sensationelle Fernsehvorstellung aufgezogen gewesen und habe zum erstenmal in der amerikanischen Geschichte beide Kandidaten einstimmig aufgestellt, «womit er eine sowjetische Kollektivfarm oder eine Nasser-Wahl in Ägypten noch übertrumpfte».

Der amerikanische Wähler kann dann zwar an der Stimmurne immer noch zwischen den republikanischen und den demokratischen Präsidentschaftskandidaten wählen; aber auch diese Freiheit ist nicht sehr bedeutend, da der Unterschied in der Einstellung der beidseitigen Mannschaften zu allen entscheidenden Fragen der Staatsführung meistens nicht grundsätzlicher, sondern eher gradueller und taktischer Art ist und aufs stärkste von den hinter ihnen stehenden, weithin gleichartigen Einflüssen abhängt, abgesehen von den persönlichen Eigenschaften der Kandidaten, die diesmal freilich eine wesentliche Rolle spielen können. Eisenhower gilt ja als gesundheitlich sehr gefährdeter Mann, und Richard Nixon, der ihm nachfolgen würde, wenn er dennoch wiedergewählt würde, aber während seiner Amtszeit ausscheiden müßte, ist ein derart unberechenbarer Demagoge und Scharfmacher, besonders in außenpolitischen Fragen, daß sich viele Wähler schon darum zweimal besinnen werden, ehe sie den republikanischen Kandidaten ihre Stimme geben.

Aber die Währschaftsmängel, die die amerikanische Demokratie in bezug auf Stellung und Wahl des Präsidenten aufweist, sind ja nur Ausdruck der tiefgreifenden Umgestaltung des politischen Gefüges der Vereinigten Staaten und der gewaltigen Abwertung ihrer Demokratie, wie sie sich in den letzten Jahrzehnten immer deutlicher vollzogen hat. Helen und Scott *Nearing* geben davon in ihrem Buch «USA today» («Die Vereinigten Staaten heute») ein besonders eindrucksvolles Bild, auf Grund ihrer Fahrten kreuz und quer durch die Union, die sie während dreier aufeinanderfolgender Winter unternommen haben. Wir folgen hier im wesentlichen ihrer Darstellung.

Die Vereinigten Staaten, so stellen sie fest, sind heute etwas ganz anderes, als was sie zur Zeit ihrer Gründer oder nur zur Zeit eines Lincoln und Bryan waren. Sie werden immer mehr «konservativ, rückschrittlich, totalitär und autoritär; die bevorrechtete kleine Minderheit besitzt die Fabriken und verfügt über die Arbeitsplätze, macht die Politik und setzt sie durch und verfemt und unterdrückt diejenigen, die ihre Herrschaft in Frage stellen, angreifen oder bekämpfen.» Wenn man unter Faschismus nicht das terroristische Gewaltsystem verstehe, das Europa in mannigfacher Ausprägung kennengelernt hat, sondern dasjenige Stadium in der Entwicklung einer kapitalistischen Gesellschaft, in dem die Herrschaft über Wirtschaft, Politik, Militär und öffentliche Meinung in den Händen einer kleinen Gruppe gewinngieriger Erfolgsjäger konzentriert sei, dann seien die Vereinigten Staaten heute auf dem Wege zum Faschismus schon weit vorgeschritten.

Die Zusammenballung der *wirtschaftlichen* Macht in den Händen einer zahlenmäßig geringfügigen Oberklasse, ist in der Tat eine der bezeichnendsten Erscheinungen des amerikanischen Lebens der Gegenwart. Günther Stein spricht in seinem überaus aufschlußreichen Buch «The World the Dollar built» («Die Welt, die der Dollar erbaut hat») nur eine allbekannte Tatsache aus, wenn er schreibt:

«Ein paar hundert Kapitalgesellschaften besitzen die meisten Fabriken, beschäftigen die meisten Arbeiter, beherrschen den Großteil des Kapitals und halten die hauptsächlichen wirtschaftlichen und finanziellen Kommandohöhen in den Vereinigten Staaten besetzt. Etwa 250 Riesengesellschaften besitzen fast zwei Drittel der Industrieanlagen der Nation ... Die 113 größten unter ihnen besitzen 46 Prozent der gesamten Aktiven aller Fabrikanlagen ..., und die 78 größten sind allein im Krieg so reich geworden, daß sie imstande wären, lediglich mit ihrem flüssigen Kapital neun Zehntel aller Industrieunternehmungen in den Vereinigten Staaten aufzukaufen.»

Dieser Zusammenballung der wirtschaftlichen Macht entspricht nun eine fortschreitende Konzentration auch der *politischen* Macht. Der «freie Markt» in der Politik, so legen die Nearings dar, ist immer mehr durch einen gelenkten politischen Betrieb und zuletzt durch ein eigentliches politisches Monopol der Wirtschaftskönige ersetzt worden. Die amerikanischen Oligarchen beherrschen fast unbestritten das ganze weitverzweigte öffentliche Leben des Landes — seine Wirtschaft, seinen Staat, seine Wissenschaft und Technik, seine Schulen, seine Kirchen und sogar seine Arbeiter- und Bauernorganisationen. Sie haben es fertig gebracht, ein früher unvorstellbares Maß an Gleichförmigkeit nicht nur im äußeren Bild und Gehaben des Volkes zu erzeugen, sondern auch in seinem Denken und Fühlen. Natürlich hat dazu auch die ganze auf Vermassung und Uniformierung gerichtete Tendenz des modernen Industrialismus stark beigetragen, aber dazu kommt nun entscheidend doch eine bewußte Lenkung der Denk- und Lebensweise des Volkes in einer Richtung, die den Interessen der herrschenden Klasse dienlich ist. «Wir möchten», so schreiben die Verfasser unseres

Buches, «denjenigen unsere Anerkennung zollen, die den amerikanischen Propagandaapparat bedienen ... Wir haben schon eine ganze Anzahl von Propagandamaschinen an der Arbeit gesehen. Bis 1935 hatten wir den Eindruck, daß die geschickteste die von der britischen Oberschicht betrieben und die rücksichtslos wirksamste die deutsche sei. Der gegenwärtig in Amerika arbeitende Propagandaapparat ist weniger geschickt als der britische und weit weniger roh und grob als derjenige der Nazi, übertrifft aber beide an technischer Leistungsfähigkeit und Weitschichtigkeit ... Die amerikanische Oberschicht scheint mindestens ideologisch einen weitergreifenden und wirksameren Einfluß auf die Jugend auszuüben als derjenige der Nazi war. Bei der Arbeiterjugend ist sie sicherlich erfolgreicher als die britische.»

Brot und Spiele Besondere Aufmerksamkeit widmet die amerikanische Oberklasse der Freizeit- und Feriengestaltung des Volkes. «So wie wir das Land in den letzten paar Jahren kennenlernten, sehen die Vereinigten Staaten wie ein riesiges Ferienlager aus, in dem die Menschen ihre Zeit unter der Leitung des Propagandapersonals der Oberschicht verbringen ..., die Zirkusbillette wie Brot und Bier verkauft mit dem alles überragenden Zweck, das amerikanische Volk derart mit der Befriedigung körperlicher Empfindungen beschäftigt zu halten und es so auf fixfertige Zerstreuungen und Vergnügungen hinzulenken, daß ihm nicht mehr viel Zeit und Kraft übrig bleibt, um vom Zeitgeschehen und von den gesellschaftlichen Fragen Kenntnis zu nehmen.»

Tatsächlich herrscht auch im amerikanischen Volk eine erstaunliche Gleichgültigkeit gegenüber ernsthaften politischen und sozialen Auseinandersetzungen. «Versammlungen, die eigens zur Erörterung öffentlicher Fragen einberufen werden, sind in den meisten Teilen der USA sozusagen verschwunden. Es gibt ein paar bemerkenswerte Ausnahmen von dieser allgemeinen Regel, aber es sind wirkliche Ausnahmen. Die Bemühungen, Versammlungen zur Behandlung umstrittener Themen zu verhindern, zu sprengen und zu verpönen, sind fast überall erfolgreich», stellen die Nearings fest, die auf ihren weiten Vortragsreisen nur selten vor einer öffentlich eingeladenen Zuhörerschaft sprechen konnten, in der Hauptsache aber auf kleinere oder größere halb- und ganzprivate Zusammenkünfte angewiesen waren. Jeder hat Angst, als «Linker» oder gar «Kommunist» denunziert zu werden, der an Versammlungen teilnimmt, die von irgendwie oppositioneller Seite einberufen werden und an denen «unloyale», das heißt nicht regierungsfromme Redner auftreten sollen. «Noch vor ein paar Jahren», so berichten die Verfasser, «konnten wir nicht nur unsere Auffassungen in Zeitungen, Zeitschriften, Aufsätzen in wissenschaftlichen Veröffentlichungen und Büchern ausdrücken, sondern auch als freie Vortragsredner und Schriftsteller unseren Unterhalt verdienen. Wir kennen

auch eine ganze Anzahl anderer Frauen und Männer, die in den letzten dreißig Jahren ihre ganze Zeit dieser Tätigkeit widmeten. Jetzt ist diese Möglichkeit sozusagen gänzlich verschwunden.»

Natürlich ist die Gleichschaltung von Presse und Radio besonders weit gediehen. (Ich habe seinerzeit über diesen Vorgang, soweit er die Presse betrifft, in den «Neuen Wegen» — im Mai/Juni-Heft 1954 — einläßlich berichtet.) «Die Informationsquellen sind in den Vereinigten Staaten ebenso vereinheitlicht, soweit es sich um ihre propagandistische Seite handelt, wie es mit ähnlichen Einrichtungen unter dem Naziregime der Fall war. Es gibt mehr bedeutungslose, örtliche Abweichungen in den Vereinigten Staaten und auch örtliche Ausnahmen in Form gewisser Radiosendungen, Zeitungen und Zeitschriften. Aber diese Ausnahmen machen nur äußerlich den Eindruck von Mannigfaltigkeit, gerade wie das Bestehen verschiedener ‚unabhängiger' Stahlproduzenten Mannigfaltigkeit in der amerikanischen Stahlindustrie vortäuscht. Das Eisen- und Stahlinstitut sorgt aber schon für die richtige Behandlung der Kernfragen der Industrie und für die Wahrung ihrer Grundinteressen. Ebenso ist es auf dem Gebiete der Propaganda. Die landesweite Gleichförmigkeit ist durchaus gesichert.»

Ich glaube, hier nicht weiter auf die direkte Unterdrückung oppositioneller Einzelpersonen und Vereinigungen oder «staatsgefährlicher», meistens als «kommunistisch» oder «kommunistelnd» bezeichneter Gedanken eintreten zu müssen, wie sie besonders unter der Leitung der McCarthy-Kommissionen und ähnlicher «Säuberungs»organe in den letzten Jahren stattfand und weithin noch immer stattfindet. Das Buch der Nearings gibt dafür zahlreiche empörende Beispiele. Immerhin sei die Feststellung der Verfasser unterstrichen, daß in den Vereinigten Staaten gerade diejenige Atmosphäre herrscht, die man so gern als bezeichnend für Diktaturstaaten erklärt: eine Atmosphäre der Angst, der Unsicherheit, des Mißtrauens, des tödlichen Schweigens, «Wir fanden uns», so schreiben sie,

«in einem Land voller Geheimagenten, Schnüffler, Gerüchtemacher, Angeber und Spitzel. Vor Jahren beobachteten wir in Europa das Arbeiten der Geheimpolizei ganz allgemein. In den Vereinigten Staaten hören wir davon allerorten erzählen — in Schulen, in Fabriken und Büros, in Organisationen. Manche sind bezahlte Agenten. Andere sind Freiwillige. Alle helfen Dossiers über Nachbarngeschwätz für die Aktenschränke der FBI (Bundespolizei) zusammenzustellen. Die FBI selbst führt einen Feldzug, um das Publikum davon zu überzeugen, daß der amerikanische Geheimdienst der Eckstein der Freiheit und Demokratie sei ... Schnüffeln und Anzeigen ist vaterländische Pflicht geworden. Die amerikanische Geheimpolizei ist eine der Stützen des Freiheitsaltars geworden.»

Hervorgehoben sei auch die Feststellung, daß alles, was Friedensarbeit und Widerstand gegen die Kriegsrüstungen heißt, mit besonderer Rücksichtslosigkeit verfolgt und unterdrückt wird: «Die Politik der Vereinigten Staaten wird jetzt von Militärs gemacht. Der Staatschef

ist ein Berufssoldat. Zwei Drittel aller Bundesausgaben werden für militärische Zwecke verwendet. Das Land mag friedliebend sein, wie die Redner so oft beteuern, aber die Friedenskräfte verhalten sich zu den Kriegskräften wie Zwerge zu Riesen.»

Ein Umschwung! Dennoch sind die Nearings überzeugt, daß den Mächten des sozialen Konservatismus und des kriegerischen Imperialismus die Zukunft nicht gehört. Die weltumspannenden Unternehmungen, in die sich Amerika eingelassen hat, übersteigen nach ihrem Urteil seine Kräfte. «Die amerikanische Oberklasse hat ihre Stärke überschätzt, hat sich zu weithin festgelegt und sich damit selbst übersteigert . . . Sie ist ein neues Opfer der übermäßigen Ausdehnung, die zu groß, zu weit und zu schnell ist.» Sie werde sich selbst erledigen, weil sie nicht im Bunde mit den lebendigen Kräften der Geschichte stehe, sondern gegen sie arbeite. «Die amerikanische Oberklasse ist das Erzeugnis einer Generation von Geldmacherei und Machtanhäufung. Hastig und lose zusammengefügt, kann sie schwerlich die nächste entscheidende Epoche in der Neuplanung und Neuerbauung der Welt überleben.»

Wie soll man sich aber die Brechung der Allmacht der kapitalistischen Oberklasse in den Vereinigten Staaten vorstellen? Soll man sie von einer neuen, schweren Wirtschaftskrise erwarten? Oder von einer katastrophalen Niederlage der amerikanischen Außenpolitik? Oder wovon sonst? Paul *Sweezy*, der hervorragende Soziologe und Mitherausgeber der Neuyorker «Monthly Review», hält es (in einem Aufsatz, der im März d. J. erschienen ist) für durchaus möglich, daß der immer dringlicher werdende Umschwung der amerikanischen Politik im Zusammenhang mit der *Negerfrage* eintreten werde. Man weiß, daß das Bundesgericht der Vereinigten Staaten vorsichtig zwar, aber doch konsequent der Gleichberechtigung der Neger mit den Weißen zum Durchbruch zu verhelfen sucht. Sein letztjähriges Urteil, das die Rassentrennung in den öffentlichen Schulen als verfassungswidrig erklärt, ist ein besonders harter Schlag gegen die Entrechtung der Negerbevölkerung und damit gegen die weiße Ober- und Herrenschicht in den Südstaaten, die vor allem aus dieser Entrechtung Nutzen zieht, ja ihre ganze Machtstellung auf der Existenz einer als rassisch minderwertig erklärten dienstbaren Unterklasse aufbaut. Wie nun aber, wenn die Befreiung der Neger immer weitere Fortschritte macht, wenn die Bundesbehörden — Gerichte, Regierung, Verwaltung, Militär — immer offener und mutiger dem Gesetz und der Verfassung zur Anerkennung verhelfen, und wenn die Industrie des Nordens, die die Rassentrennung als störend für eine einheitliche Arbeiter- und Lohnpolitik empfindet, einen immer stärkeren Druck zugunsten der Gleichberechtigung der schwarzen Amerikaner mit den weißen ausübt? Wird dann nicht das ganze politische System der Vereinigten Staaten, in dem die Ober-

schicht der Südstaaten eine entscheidende Rolle spielt, von Grund auf erschüttert?

Dr. Sweezy glaubt das tatsächlich. Das gegenwärtige Regime der USA, so erinnert er, ruht auf dem Zusammenspiel zweier Parteien, von denen jede einen «liberalen» und einen «reaktionären» Flügel hat:

«Der rechte Flügel der Republikanischen Partei besteht aus einer blöden Gruppe von Nichtswissern und Kriegshetzern, deren Hauptaufgabe ist, die bestehende Ordnung der Dinge als direkt fortschrittlich erscheinen zu lassen. Denn sooft eine Kraftprobe droht, werden wir alle aufgerufen, zur Unterstützung der Gemäßigten herbeizueilen (die jetzt in Ike [Eisenhower] verkörpert sind) und die von den Scharfmachern ausgehende Gefahr abzuwehren (obwohl merkwürdigerweise in deren Reihen Ike's engste Mitarbeiter stehen: der Vizepräsident, der Außenminister, der Vorsitzende der Wehrmachtchefs und der republikanischen Führer im Senat). Die Methode der Demokratischen Partei ist etwas anders. Hier liegt das Schwergewicht beim liberalen Flügel... Sie setzt sich für den Arbeiter und den Kleinbauer ein; sie hält die Hoffnung auf eine lichtere Zukunft Amerikas lebendig. Aber zu ihr gehört zufällig auch die Oberklasse des Südens, deren Zukunft in der Vergangenheit liegt und keineswegs besonders licht ist. Durch eine Reihe von Vorkehrungen... haben die Süddemokraten tatsächlich die Herrschaft über den wirklichen politischen Kurs der Partei (der von ihren angeblichen Grundsätzen zu unterscheiden ist) bekommen. Die Arbeiterbewegung und die Liberalen im allgemeinen haben sich vor den demokratischen Wagen spannen lassen durch das Vorgeben, daß es nur vorwärts gehen könne, wenn der fortschrittliche Flügel der Partei gestärkt werde, während die Führer dieses Flügels, wie Stevenson, sich die Glieder verrenken, um die Südleute zu beschwichtigen.»

Das politische System Amerikas komme also darauf hinaus, den Schein zu erwecken, daß die «liberalen» Republikaner die Reaktion im Schach halten und die «liberalen» Demokraten sie überwinden, während tatsächlich «Liberale» und «Reaktionäre» aller Schattierungen zusammenspielten, um die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems im Interesse des Großkapitals zu sichern.

Gerade dieser Schein aber wird, wie Sweezy meint, durch die Weiterentwicklung der Rassenkrise mehr und mehr zerstört. Die Herrschaft der Oberklasse im Süden wird immer stärker untergraben und damit das ganze Funktionieren des Partei- und Regierungsmechanismus bedroht. Die Demokraten, die nicht mehr auf ihre Parteifreunde im Süden Rücksicht zu nehmen brauchen, werden entweder gezwungen sein, *wirklich* eine Reformpartei zu werden, oder aber wahrscheinlicher einer *neuen* Reformpartei Platz machen müssen, die auf eine gewaltige Anhängerschaft unter den weißen Arbeitern und den Negern aller Schichten zählen könnte. Das aber eröffnet die Aussicht auf einen eigentlichen Sturz der kapitalistischen Klassenherrschaft. Die heute parteimäßig heimatlose amerikanische Linke muß darum — das ist der Schluß, zu dem Paul Sweezy kommt — ihre letzte Kraft zugunsten des Befreiungskampfes der Neger einsetzen und gleichzeitig darauf hinarbeiten, daß die Demokratische Partei nicht wieder zur Macht gebracht, sondern *gesprengt* wird. Der Weg wird dadurch frei für den

Aufbau einer neuen Partei, die für das Wohl des Arbeitervolkes, des schwarzen wie des weißen, kämpft.

Das ist gewiß ein Ausblick in eine Zukunft, die sich erst in undeutlichen Umrissen abzeichnet. Aber die Hoffnung ist dennoch wohlbegründet, daß die Herrschaft der kapitalistisch-reaktionären Oberklasse in den Vereinigten Staaten, die die Demokratie so traurig verfälscht und in Verruf gebracht hat, und die eine ständige Kriegsgefahr für die ganze Welt darstellt — trotz dem mäßigenden Einfluß, den die amerikanische Diplomatie augenblicklich in der Suezkrise ausübt —, in einer bereits absehbaren Zeit gebrochen wird, und daß auf die eine oder andere Weise jenes «andere Amerika» auf den Plan tritt, dem immer unsere stärksten Sympathien gehört haben. Es wäre ein großes Glück für die Menschheit.

29. September. *Hugo Kramer*

BUCHBESPRECHUNGEN

Dokumente zur gegenwärtigen Situation

Jules Moch: «Wir sind gewarnt». Mit einem Vorwort von Albert Einstein. Europäische Verlagsanstalt, Stuttgart.

Der französische Titel dieses Buches, «La Folie des Hommes», gibt noch wesentlich genauer als die deutsche Überschrift den Tatbestand wieder, mit dem sich das Buch auseinandersetzt. Jules Moch hat wie ganz wenige Einblick in die innere Apparatur der offiziellen militärischen und politischen Vorgänge als Vertreter Frankreichs gehabt und ist als Mitglied der Abrüstungskommission über die neuesten Entwicklungen in der UNO orientiert. Den ersten Teil seiner Untersuchungen, die mit dem Krieg von gestern beginnen und die Voraussetzungen und Tatsachen des Krieges von heute in sicher belegten Daten darstellen, überschreibt er mit dem Wort «Untergang?». Er hätte ebensogut darüber setzen können: Wahnsinn, Totalvernichtung. Er kommt zu folgendem Schluß: «Es gibt keine Zwischenlösung von Dauer: der jetzige Kalte Krieg verewigt und vergrößert die Gefahr für alle. Das Rüstungswettrennen vervielfacht sich ohne Vorteil für irgend jemanden — alle neuen Kräfte, die dem einen Lager zufließen, ziehen die Schaffung ähnlicher im anderen nach sich, jeder Zuwachs der Bombenvorräte findet sein Gegenstück auf der anderen Seite in einem ähnlichen Zuwachs. Nur die Verständigung auf Grund gegenseitiger Zugeständnisse, nur die fortschreitende, international überwachte Abrüstung kann den Frieden sichern. Abrüstung oder den Untergang riskieren, das ist die Wahl, vor der die Menschheit steht.» Im zweiten Teil befaßt sich Jules Moch mit der so dringlichen Abrüstungsfrage. Er unterstreicht bei all dem Wissen, das er über diese Dinge hat, die Notwendigkeit und Dringlichkeit der Abrüstung: «Je länger wir die notwendige Einigung zwischen Ost und West hinausschieben, desto weniger Sicherheit wird die Kontrolle der Welt bieten können . . .» «Die Weltvorräte an Bomben gehen heute zweifellos in die Tausende. Daher können die versteckten Bomben praktisch in die Hunderte gehen. Man braucht aber nur ein paar Dutzend thermonuklearer Bomben